

Presseinformation

22. September 2015

Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier

zum Thema

Flüchtlinge und Asylbewerber in Hessen

„Hessen handelt“

Plenarsitzung des Hessischen Landtages am 22. September 2015

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

täglich sehen die Menschen die Fernsbilder der Flüchtlinge, die nach Europa und vorzugsweise nach Deutschland und auch zu uns nach Hessen strömen. Nichts beschäftigt unsere Mitbürger zurzeit so intensiv wie dieses Thema.

Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen helfen und zugleich machen sie sich Sorgen, ob wir diese Herausforderung bestehen können. Ihnen allen möchte ich zurufen: Wir stehen vor einer Herausforderung von historischer Dimension, sie wird uns viele Jahre begleiten und sie wird unser Land verändern!

Wir können und wir werden diese Herausforderung meistern. Diese Aufgabe wird uns ganz außerordentlich fordern, aber wenn wir es klug machen, vor Ort, in Hessen, in Deutschland und auch vor allem in Europa, wird es uns nicht überfordern!

Wir erleben ein Flüchtlingselend von rund 60 Millionen Menschen, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Auswirkungen von Kriegen, Diktaturen, Not, Elend und Perspektivenlosigkeit erreichen uns in unserem Land in bislang nicht gekannter Dimension.

Mittlerweile geht auch der Bund von 800.000 Flüchtlingen aus, die wir in diesem Jahr in Deutschland aufnehmen werden. Ich habe schon vor Wochen darauf hingewiesen, dass eher die Zahl von einer Million realistisch sein dürfte.

Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre in Hessen zeigt die dramatische Veränderung.

Hatten wir 2012 noch 5.000 Asylbewerber im ganzen Jahr, 2013 8.700 Bewerber, erwarten wir in diesem Jahr mindestens ca. 60.000 Asylbewerber. Wir nehmen mittlerweile mehr Menschen bei uns als Flüchtlinge auf, als Kinder in unserem Land geboren werden.

Dies zeigt zum einen die Dimension der Aufgabe, aber auch die herausragende Aufnahmeleistung unseres Landes.

Hessen hat gehandelt: Mittlerweile haben wir über 18.000 Menschen in der Erstaufnahme des Landes Hessen. Alleine in den letzten zwei Wochen haben wir circa 15.000 Menschen bei uns aufgenommen. Das ist die gesamte Bevölkerung einer hessischen Kleinstadt. Nahezu täglich nehmen wir neue Außenstellen der zentralen Erstaufnahmestelle in Gießen in Betrieb. Mittlerweile nehmen wir neben den beiden Hauptliegenschaften in Gießen in 24 Außenstellen und fünf Notunterkünften Flüchtlinge auf und versorgen sie.

In Hessen haben wir es geschafft, alle Flüchtlinge – sowohl die, die uns von anderen Ländern geschickt werden – als auch jene, die direkt zu uns kommen, aufzunehmen. Dabei nehmen wir weit mehr Menschen auf, als wir nach dem Verteilungsschlüssel (Königsteiner Schlüssel) der Länder aufnehmen müssten. Aber wir schicken die Flüchtlinge nicht weg, niemand muss bei uns auf der Straße schlafen, alle erhalten ein Obdach, Versorgung und medizinische Hilfe.

Das ist eine großartige Leistung, die unser aller Dank und Anerkennung verdient und zeigt, dass hier in Hessen Willkommenskultur gelebt wird.

Diese Aufnahme ist nicht nur eine große Leistung, es ist auch eine große Anstrengung. Aber für uns muss gelten: jeder der kommt, muss anständig behandelt werden – auch wenn nicht jeder bleiben kann.

Das Grundrecht auf Asyl ist nicht beliebig einschränkbar, je nachdem wie viele Menschen kommen. Wer in Not ist, muss unsere Hilfe erhalten. Zuallererst ist jeder Flüchtling ein Mensch, und er muss menschenwürdig behandelt werden.

Dies müssen wir auch gerade denen gegenüber immer wieder deutlich machen, die meinen, jetzt gegen Flüchtlinge Stimmung machen zu können. In Hessen ist kein Platz für Rassismus, Häme und Hetze oder gar Gewalt. Das gilt, ganz gleich, ob offen oder häufig anonym, zum Beispiel in den sozialen Netzwerken.

Mit allen Mitteln des Rechtsstaates werden wir dagegen vorgehen und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, eine deutliche gesamt-gesellschaftliche Antwort zu geben. Ein solches Verhalten wollen wir nicht hinnehmen und wir sind auch nicht bereit, gleichgültig solchem Treiben zuzusehen.

Eine menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen, ist eine große Herausforderung. Man muss sich einmal konkret vorstellen, was es bedeutet, wenn in einer einzigen Woche über 7.000 Flüchtlinge kommen: Binnen weniger Stunden Zelte bauen, Betten aufstellen, Sanitäreinrichtungen errichten, Wasser und Stromleitungen ziehen, Essensversorgung sicherstellen, Erstausrüstung herbeibringen, medizinische Versorgung durchführen und vieles, vieles mehr. Es ist so, als würde man in kürzester Zeit eine Stadt erbauen.

Wer angesichts dieser Umstände meint, er müsse im Hinblick auf die Unterbringung dieses oder jenes kritisieren, weil es nicht in allem dem entspricht, was vielleicht wünschenswert wäre, dem sei gesagt: Was unsere Haupt- und Ehrenamtlichen in den letzten Wochen in diesem Land für die Flüchtlinge geleistet haben, das verdient unseren allergrößten Respekt und die höchste Anerkennung.

Ich habe nahezu alle Einrichtungen in unserem Land besucht. Dort konnte ich mir ein Bild davon machen, wie es den Menschen vor Ort tatsächlich geht. Ich habe auch die Hinweise auf Unzulänglichkeiten aufgenommen. Diese lassen sich bei der Vielzahl von Menschen, die in so

kurzer Zeit versorgt werden, nie ganz vermeiden. Vor allem aber habe ich auch die Dankbarkeit der meisten Flüchtlinge erlebt, für das, was dort für sie geleistet wird.

Und was ich dort an Einsatz erlebt habe, war einfach großartig. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterkünften, der Katastrophenschutz, die Polizei, Hilfs- und Rettungsdienste, die Feuerwehr, die Regierungspräsidien und hier insbesondere das Regierungspräsidium Gießen, sie alle leisten Herausragendes.

An dieser Stelle möchte ich nicht nur darauf hinweisen, sondern mich auch bei all denen bedanken, die sich als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung freiwillig gemeldet haben, um im Wege der Abordnung Unterstützung vor Ort zu leisten. Auch dies verdient unsere besondere Anerkennung. In gleicher Weise auch die Bereitschaft pensionierter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter bzw. Lehrerinnen und Lehrer, sich mit großem Einsatz einzubringen.

Darüber hinaus erleben wir eine Welle der Hilfsbereitschaft von ehrenamtlichen, spontanen Initiativen, Vereinen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, der Ärzteschaft und vieler anderer, die sich auf herausragende Weise engagieren.

Allen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich so beispielhaft in die Arbeit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge eingebracht haben, spreche ich in unser aller Namen meinen ausdrücklichen Dank aus. Sie sind die stillen Helden und sie tragen entscheidend dazu bei, dass wir in Hessen mit Fug und Recht von Willkommenskultur sprechen können.

Die enormen Herausforderungen lassen sich schon lange nicht mehr im Rahmen der eingeübten Verfahrensweisen bewältigen. Für die Verwaltung bedeutet dies die üblichen Pfade müssen verlassen werden, pragmatische Lösungen gehören jetzt in den Mittelpunkt.

Die Landesregierung hat deshalb bereits vor Monaten eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um diese Herausforderung erfolgreich zu bewältigen. Absolute Priorität hatte und hat dabei eine ordentliche Unterbringung der zu uns kommenden Menschen. Das Sozialministerium, das Innenministerium sowie das Finanzministerium sind hier seit Monaten rund um die Uhr im Dauereinsatz. Unter Leitung von Herrn Innenstaatssekretär Koch wurde gemeinsam mit dem Sozialministerium eine „Task Force Asyl“ eingerichtet, bei der die entsprechenden Informationen

und Aufträge aller Ressorts zusammenlaufen, damit gewährleistet ist, dass möglichst rasch und effizient gehandelt werden kann.

Ich danke ausdrücklich Herrn Staatssekretär Koch und den Mitgliedern dieser Task Force für ihren herausragenden Einsatz.

Im Vordergrund all unserer Bemühungen steht die Aufgabe, diejenigen Flüchtlinge, die derzeit noch in Zelten untergebracht sind – zurzeit circa 6.000 – rechtzeitig vor dem Winter in feste Standorte unterzubringen. Dazu verhandelt die Landesregierung derzeit an über 80 Standorten in Hessen mit Kommunen, Institutionen und Privatleuten. Angesichts der täglich neuen Wellen von Flüchtlingen warne ich aber vor voreiligen Versprechungen. Wir können nicht zaubern, aber wir tun alles, was möglich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich auch den Kommunen für ihre Kooperationsbereitschaft danken. Es ist keineswegs einfach und selbstverständlich, dass sich Kommunen häufig buchstäblich über Nacht bereiterklären, Immobilien oder Grundstücke für die Nutzung für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen deshalb diese Aufgabe gemeinsam mit den Kommunen und nicht gegen die Kommunen erfüllen. Nicht selten stehen eigene Konzepte oder Planungen einer angestrebten Nutzung entgegen. Auch erweisen sich bei näherer Prüfung viele gutgemeinte Vorschläge aus der Bevölkerung für neue Standorte aus den unterschiedlichsten Gründen als nicht geeignet. Dies führt gelegentlich zu Irritationen, die uns aber nicht von unserem großen Ziel abbringen dürfen. Ich bitte deshalb alle Bürgerinnen und Bürger um Verständnis, aber auch um ihre Mithilfe, damit wir gemeinsam auch durch unkonventionelle Lösungen unsere Verpflichtung erfüllen. Zeltstädte können nur eine Übergangslösung sein.

Aber nicht nur die Unterbringung, sondern auch zum Beispiel die Sorge für die Kinder der Flüchtlinge, ist uns ein besonderes Anliegen.

Besondere Sorgen bereiten mir auch die sprunghaft ansteigenden Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die zu uns kommen. Hier handelt es sich um ganz besonders große Herausforderungen, die die Jugendamtsbehörden vor fast unlösbare Aufgaben stellt.

In Hessen nehmen Frankfurt und Gießen diese Jugendlichen zentral auf.

Die jetzige Rechtslage lässt eine Verteilung dieser Flüchtlinge nicht zu. Es ist deshalb wichtig, dass die mit der Bundesregierung vereinbarte Gesetzesänderung dahin geht, dass wir diese Jugendlichen von Hessen aus in andere Länder, wie z.B. Thüringen, die fast keine unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge haben, verlegen können.

Die Kinder der Flüchtlinge können vom ersten Tag an, von dem sie den Kommunen zugewiesen sind, bereits die Kindertageseinrichtungen besuchen und bekommen besondere Förderungen.

Die Kinder haben vom ersten Tag, an dem sie hier sind, einen Anspruch auf Beschulung. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass es in diesem Schuljahr in Hessen mehr als hundert neue Klassen für intensives Deutschlernen geben wird. Gerade das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für erfolgreiche Integration.

Es stehen nun weit über 6.000 Intensivklassenplätze alleine an den allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung. Über 1.600 mehr als vor den Sommerferien. Die Zahl der Lehrerstellen für die Deutschfördermaßnahme steigt im neuen Schuljahr um weitere 210 auf 1.280 Lehrerstellen. Gerade hier zeigt sich, dass Erstaufnahme und frühzeitige Maßnahmen einer Integration Hand in Hand gehen müssen und dies nur in engster Zusammenarbeit von Land und Kommunen gelingen kann.

Wir wissen um die besonderen Herausforderungen für die Kommunen und tragen dem auch Rechnung. Alleine für die Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte vom Land derzeit eine Pauschalerstattung, die durchschnittlich rund 660 Euro pro untergebrachter Person beträgt.

Diese pauschalen Erstattungen haben wir bereits rückwirkend zum 1. Januar 2015 um mindestens 15 Prozent angehoben. Auch die im Rahmen der nationalen Asylkonferenz für die Kommunen vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind in Hessen in Höhe von 37 Millionen eins zu eins an die Kommunen weitergeleitet worden.

Die Angemessenheit der pauschalen Erstattung an die Kommunen ist seit Monaten Gegenstand engagierter Diskussionen zwischen dem Land und den Kommunen. Es ist unsere feste Absicht, hier noch in diesem Jahr zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen, bei dem das Land die Kommunen nochmals unterstützen wird.

Eine gelingende Integration der Menschen, die dauerhaft in unserem Land bleiben, erfordert frühzeitige und vielfache Anstrengungen. Das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache ist unverzichtbar, eine dauerhafte angemessene Wohnungsversorgung, eine vernünftige Betreuung in den Kitas und in den Schulen und nicht zuletzt Hilfe für den Start in Ausbildung und Berufsleben sind erforderlich.

Gerade die Eingliederung in den Arbeitsmarkt stellt dabei besondere Herausforderungen. So gut wie keiner der Flüchtlinge spricht Deutsch und nur wenige Englisch. Frau Bundesministerin Nahles hat vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass nicht einmal jeder zehnte Flüchtling die Voraussetzungen mitbringe, um direkt in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden. Hier ist vielfache Initiative und auch Kreativität gefragt. Es gibt schon jetzt in unserem Land ermutigende Beispiele für solche Initiativen. So habe ich mich bei einem Besuch im Kreis Marburg-Biedenkopf davon überzeugen können, wie im Zusammenspiel zwischen dem Kreis, der Bundesagentur für Arbeit und der Handwerkskammer und entsprechenden Handwerksbetrieben jungen Flüchtlingen eine Zukunftsperspektive geboten wird, die sich für sie, aber auch für unser ganzes Land, als Segen erweisen werden.

Auch die vielfältigen und ständig gewachsenen Herausforderungen an die Sicherheit in unserem Land dürfen nicht vernachlässigt werden. Dies alles wird viel Einsatz auf allen Ebenen, aber vor allen Dingen auch Geld kosten.

Wir sollten nicht die Illusion nähren, dies könne alles nebenbei und sozusagen ohne besondere Anstrengungen erfolgreich bewältigt werden.

Wir haben in Hessen auch in unserem Haushalt Vorsorgen getroffen. Wendeten wir im Jahr 2012 lediglich 43 Millionen Euro für das Thema Asyl in Hessen auf, so haben wir in diesem Jahr mit dem fast 10-fachen, nämlich 384 Millionen, im Haushalt geplant, und dem Landeshaushalt 2016, der in dieser Parlamentssitzung noch durch den Finanzminister eingebracht wird, werden Sie entnehmen, dass dort für das nächste Jahr 630 Millionen für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir wissen schon heute, dass auch diese Summe nicht ausreicht, und der Finanzminister hat mitgeteilt, dass wir im nächsten Jahr eher mit einer Milliarde an Aufwendungen alleine für die Versorgung der Flüchtlinge rechnen müssen.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir es hier mit einer Aufgabe zu tun haben, die alles sprengt, was wir uns bis vor kurzem noch vorstellen konnten.

Zugleich stehen wir vor der Herausforderung, ohne neue Schulden auskommen zu müssen.

Ich sage deshalb auch sehr deutlich, wer in einer solchen Situation nach ständig mehr und höheren Leistungen ruft, muss auch eine Antwort darauf geben, wie er diese Forderungen mit dem Einhalten der Schuldenbremse und dem Verfassungsgebot, keine neue Schulden zu machen, in Einklang bringen will.

Die Landesregierung weiß, dass in all den Bereichen, die ich zuvor beispielhaft aufgezeigt habe, nachgesteuert werden muss. Darüber müssen wir dem Grunde nach nicht streiten. Nicht zuletzt die zusätzlichen Mittel, die die Landesregierung in ihrem Kommunalinvestitionsprogramm beispielsweise für den Wohnungsbau eingeplant hat, zeigt Ihnen, dass wir die Notwendigkeit nicht nur erkannt haben, sondern auch handeln.

Wir wissen aber auch, dass wir angesichts dieser Flüchtlingszahlen unsere Anstrengungen weiter steigern müssen. Das gilt insbesondere für das Innen-, das Sozial- und das Kultusministerium.

Was das in Geld und Stellen konkret bedeutet, werden wir bis zur 2. Lesung des Haushalts dem Landtag vorlegen.

Dabei weise ich schon heute darauf hin, dass es nicht nur um Stellen gehen kann, sondern auch andere schnell wirkende Maßnahmen in Betracht kommen. Zum Beispiel werden sicher noch mehr pensionierte Lehrerinnen und Lehrer bereit sein, im Rahmen von Sonderverträgen Flüchtlingskindern zu helfen, die deutsche Sprache zu lernen.

Ich sehe auch große Chancen für den Spracherwerb, wenn es gelingt, unsere Volkshochschulen hier intensiv einzusetzen. Auch die Bundesagentur für Arbeit verfügt über Möglichkeiten, die hier eingesetzt werden können. Optimistisch stimmen mich auch die Erfahrungen unserer Handwerkskammern, die zum Beispiel bei der Ausbildung junger Menschen aus Spanien im Rahmen der Kooperation Hessen und der Region Madrid wichtige Erfahrungen gesammelt haben. Es gibt viele sinnvolle Ansätze, die rasch und intelligent und auch möglichst unbürokratisch zusammengebracht werden können.

Wichtig ist aber auch, dass wir trotz dieser Herausforderungen unser zentrales Ziel der Haushaltspolitik nicht aus den Augen verlieren.

Es gilt aber auch, dass das Land und auch die Kommunen diese Herausforderungen beim besten Willen nicht alleine schultern können. Die Dimension unserer Leistungen ist untrennbar verbunden mit der Hilfestellung durch den Bund. Ohne eine dauerhafte, strukturelle und deutliche finanzielle Unterstützung des Bundes kann auf Dauer weder die Erstaufnahme noch gar eine Integration der Flüchtlinge gelingen.

Ich begrüße es deshalb sehr, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien der großen Koalition im Bund dies erkannt haben und den Ländern und Kommunen Hilfestellung angeboten haben. Die Beschlüsse der Großen Koalition gehen in die richtige Richtung, sind aber noch keineswegs ausreichend. Das gilt sowohl für den finanziellen Umfang der Hilfe, als auch für die dringend erforderliche Beschleunigung der Asylverfahren durch die Bundesbehörden. Zur Stunde wird hierüber zwischen den Ländern und dem Bund verhandelt, und wir haben die Absicht, am kommenden Donnerstag in Berlin in einer großen Konferenz hierzu entscheidende Beschlüsse zu fassen. Dabei kann es nicht um einmalige Unterstützung gehen, sondern der Bund muss verbindlich zusagen, dauerhaft die Länder und Kommunen zu unterstützen und diese Unterstützung muss berücksichtigen, dass die Länder und Kommunen für die Menschen, die im Lande bleiben – und das wird der weitaus größere Teil sein –, viele Jahre ganz außerordentliche Leistungen zu erbringen haben.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss es schaffen, endlich schneller Entscheidungen zu treffen, damit wir wissen, wer im Lande bleiben kann und wer kein Aufenthaltsrecht hat. Die jetzigen Bearbeitungszeiten sind indiskutabel lang und verhindern die notwendigen frühzeitigen Integrationsmaßnahmen, und verbrauchen auf der anderen Seite wichtige Ressourcen, die wir für die angemessene Betreuung derer brauchen, die auf Dauer hierbleiben.

Wer könnte nicht verstehen, dass jemand, der in seiner Heimat keine vernünftige Perspektive sieht, versucht, zum Beispiel in Deutschland ein neues Leben zu beginnen. Dies ist menschlich verständlich, begründet aber keinen Asylanspruch und damit auch kein Bleiberecht in unserem Land. Wir müssen deshalb denen, die nicht verfolgt werden, auch sehr deutlich sagen, dass sie in unserem Land keine Zukunft haben können. Deshalb sind Rückführungen in diese Heimatländer

unverzichtbar, am besten freiwillig, wenn dies aber nicht gelingt, dann aber auch im Wege der Abschiebung. Auch hier hat Hessen gehandelt. Bislang hatten wir in diesem Jahr über 2.500 freiwillige Ausreisen und über 1.300 Abschiebungen. In diesem Zusammenhang begrüße ich es ausdrücklich, dass die Beschlüsse der Großen Koalition auch die Möglichkeit vorsehen, für diejenigen, die geeignet sind und einen Arbeitsplatz in unserem Lande nachweisen können, eine legale Möglichkeit der Zuwanderung nach Deutschland zu bieten.

Meine Damen und Herren, wir werden die Herausforderungen aber auch nur dann erfolgreich bestehen, wenn nicht nur wir in Hessen und in Deutschland die angemessenen Maßnahmen ergreifen, sondern wenn dies auch in ganz Europa geschieht.

Dazu gehört zwingend, dass alle Staaten Europas sich zu ihrer humanitären Verpflichtung der Aufnahme der Flüchtlinge bekennen. Die Vorschläge des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, bilden hierzu eine sehr gute Grundlage und ich hoffe sehr, dass es den heute tagenden Innenministern der Europäischen Union endlich gelingt, hier zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft, die nicht als „Wünsch dir was“ funktionieren kann, sondern die als verlässliche Gemeinschaft auch außergewöhnliche Herausforderungen bestehen muss. Deutschland hat in den vergangenen Wochen und Monaten beispielhaft anderen Ländern geholfen. Es ist deshalb ein Gebot der Solidarität, dass nun Deutschland und zum Beispiel auch Schweden oder Österreich ebenfalls Solidarität entgegen gebracht wird.

Wir brauchen eine kohärente europäische Asylpolitik, geordnete Verfahren an Europas Grenzen und eine gemeinsame europäische Anstrengung zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge, insbesondere in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens. Ein gemeinsames Europa kann nicht zulassen, dass Regeln dauerhaft ignoriert werden. Das betrifft nicht nur die Geschwindigkeit und die Zahl der Einreisenden, sondern das bedeutet auch, dass niemand wollen kann, dass Extremisten oder Kriminelle in unser Land kommen. Eine Registrierung und ein geordnetes Verfahren zur Einreise in den Schengen-Raum sind absolut unverzichtbar. Das Öffnen der Grenzen und Weiterleiten der Flüchtlinge nach Deutschland ohne jede Registrierung kann keine Lösung sein. Die zeitweilige Einführung der Grenzkontrollen durch Deutschland und mittlerweile auch Österreich und andere Länder war deshalb richtig.

Diese Maßnahmen lösen nicht das Problem, aber sie helfen zu einem geordneten Verfahren zu kommen und verschaffen unseren haupt- und ehrenamtlichen Hilfskräften etwas Luft, die sie

dringend brauchen. Wir weisen niemanden ab, der Asyl beantragt, aber wir müssen Wert darauf legen, zu wissen wer überhaupt ins Land kommt.

Auch eine entschlossene Bekämpfung der menschenverachtenden kriminellen Schlepperbanden ist unverzichtbar. Es kann nicht vernünftig sein, diese Wanderungsbewegung nach Europa ständig fortzusetzen, sondern wir müssen alles tun, um möglichst in der Nähe der Heimat der Flüchtlinge für erträgliche Verhältnisse zu sorgen. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich die Vorschläge von Bundesentwicklungsminister Müller zur massiven Hilfe für die Länder, in denen sich viele tausende Flüchtlinge in Lagern aufhalten.

Meine Damen und Herren, angesichts der historischen Dimension der Herausforderung ist jetzt nicht mehr der Augenblick, sich an Symbolthemen abzuarbeiten oder den Parteienstreit zu kultivieren. Wer jetzt nicht die vertrauten Muster verlässt, der hat nicht erkannt, was das Gebot der Stunde ist. Bei aller Anerkennung der unterschiedlichen Rollen von Regierung und Opposition müssen wir alle an einem Strang ziehen.

Ich habe deshalb die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen in der vergangenen Woche eingeladen, um sie zu unterrichten und um uns auch auszutauschen, wie wir diese gemeinsame Aufgabe am besten erfüllen können. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kollegen für die konstruktive Atmosphäre und die Bereitschaft, hier gemeinsam Verantwortung zu tragen.

Diese gemeinsame Anstrengung soll sich aber nicht nur auf die Fraktionen des Hessischen Landtages beschränken. Ich habe deshalb für den 14. Oktober zu einem Asylkonvent in Hessen eingeladen. Dort wollen wir mit allen wichtigen Akteuren von der Wirtschaft über die Gewerkschaften, die Kirchen, die ehrenamtlichen Organisationen, die Kommunen, die Sportvereine, den Migrantenorganisationen zusammenkommen, und uns zum einen über die Situation in Hessen auszutauschen und zum anderen gemeinsam daran zu arbeiten, wie wir die große Aufgabe erfolgreich erfüllen. Wir brauchen diese breite gemeinsame Anstrengung und wir werden sie noch lange brauchen. Deshalb wird dieser Asylkonvent noch vor Weihnachten zum zweiten Mal zusammentreten und wir werden je nach Situation und Bedarf dieses Instrument nutzen. Dabei müssen die praktischen Hilfen im Mittelpunkt stehen und nicht ideologische oder gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen: Die Aufgabe wird uns umso besser gelingen, je mehr wir uns klarmachen, dass auch das Miteinander und die Art und Weise, wie wir miteinander diskutieren, für das Gelingen der großen Aufgabe sehr entscheidend ist. Ich werbe ausdrücklich dafür, sorgsam miteinander umzugehen. Die Diskussion um die Flüchtlinge ist gelegentlich ein Beispiel nicht für gute, sondern für schlechte Debattenkultur. Häufig werden die üblichen Parolen geschwungen. Wer für möglichst viele Einwanderer wirbt, bekommt schnell den Vorwurf entgegen geschleudert, er sei ein realitätsverlorener „Gutmensch“. Wer skeptisch ist und Sorgen über die Entwicklung äußert, begegnet nicht selten dem Vorwurf als Populist, Ausländerfeind oder gar Rassist zu gelten.

Es muss möglich sein, mit gegenseitigem Respekt den Interessenkonflikt und die Gründe der Abwägung zu benennen und zu sorgfältig bedachten Entscheidungen zu kommen.

Wir müssen sensibel bleiben für die Anliegen der Flüchtlinge, dürfen über die Sorgen unserer Bevölkerung nicht hinweggehen und müssen die Schwierigkeiten benennen.

Wir wollen die Herausforderung entschlossen anpacken und mit Kraft, Mut und Zuversicht unsere gemeinsame Zukunft gestalten. Wir wollen unsere humanitäre Verpflichtung erfüllen und unsere Möglichkeiten realistisch einschätzen. Eine Idee wird immer dann schädlich, wenn sie sich von den Realitäten löst und zur Ideologie wird. Eine kluge Verbindung von uns leitender humanistischer Idee und realisiertem Pragmatismus ist gefragt.

Meine Damen und Herren, ohne Herz und Empathie können wir diese Herausforderung nicht angehen, ohne kühlen Verstand können wir die Herausforderung aber nicht meistern.

Beides leitet unser Handeln und beides ist die Agenda der schwarz-grünen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.
